

Koalitionsvereinbarung

Zentrale Forderungen der CDU wurden durchgesetzt

Mit den Koalitionsvereinbarungen ist der Grundstein für die Bewältigung der großen Aufgaben im geeinten Deutschland gelegt. Die CDU hat dabei ihre wesentlichen Ziele erreicht:

- Die Finanzierung der Investitionen in die gemeinsame Zukunft aller Deutschen ist abgesichert; die Steuern werden dazu nicht erhöht. Wir haben Wort gehalten.
- Die Situation von Familien mit Kindern wird in dieser Legislaturperiode erneut massiv verbessert — und das trotz der erheblichen Anstrengungen, die zum Aufbau der neuen Bundesländer erforderlich sind.
- Die nächsten vier Jahre werden Jahre des umweltpolitischen Fortschritts sein. Wir werden unsere Spitzenstellung in Europa noch weiter ausbauen.
- Das soziale Netz bleibt dicht geknüpft; niemandem werden unzumutbare Belastungen auferlegt.

40 Jahre sozialistische Mißwirtschaft im Osten Deutschlands fordern heute ihren Preis. Aber niemand wird überfordert. Es geht nicht um einschneidende Opfer, sondern darum, einen Teil des Gewinns aus dem wirtschaftlichen Aufschwung im Westen Deutschlands mit den Menschen im Osten solidarisch zu teilen.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

- **Regierungserklärung**
Bundeskanzler Helmut Kohl: In großer Sorge um den Frieden und um die Menschenrechte. Erklärung der Bundesregierung zur Lage in der Golf-Region und in Litauen. Seite 3
- **Agrarpolitik**
Unsere Landwirtschaft steht in einer Umbruchphase. Seite 12
- **Konjunktur**
Das höchste Wirtschaftswachstum seit 1976. Seite 15
- **CDU Rheinland-Pfalz**
Wilhelm als Landesvorsitzender eindrucksvoll in Trier bestätigt. Seite 16
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Unsere Faltblätter „Was sagt die CDU zum Thema?“. Seite 19

Dokumentation

Koalitionsvereinbarung für die 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Durch Einsparungen, Umschichtungen und Einnahmeverbesserungen werden wir 1991 ein Finanzierungsvolumen von 35 Mrd. DM erreichen. Dabei sind u. a. folgende Einsparungen vorgesehen: bei den Verteidigungsausgaben 7,6 Mrd. DM, bei der Bundesanstalt für Arbeit 2,3 Mrd. DM, bei der Berlin- und Zonenrandförderung 1,2 Mrd. DM (ansteigend auf 6 Mrd. DM bis 1994).

Für den Durchschnittsverdiener ergibt sich eine monatliche Mehrbelastung von rund 20 DM. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

● Rund 16 DM durch die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge

Im Bereich der Sozialversicherungen wird der Bundeshaushalt um rund 20 Mrd. DM entlastet. Dazu soll der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte, also von 4,3 auf 6,3 %, angehoben werden; für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1991 ist eine zusätzliche Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte vorgesehen, die einen Ausgleich für das erste Vierteljahr darstellt. Die Hälfte der Beitragserhöhung zahlt der Arbeitgeber.

Weil parallel dazu der Beitrag zur Rentenversicherung um einen Prozentpunkt, also von 18,7 auf 17,7 %, gesenkt wird, ergibt sich für die Arbeitnehmer keine unzumutbare Belastung.

Wichtig: Die Absenkung des Beitrages zur Rentenversicherung gefährdet die Renten nicht, denn die Rentenkassen sind gut gefüllt. Die Renten sind und bleiben sicher.

● Rund 4 DM durch höhere Telefonkosten

In den nächsten 4 Jahren wird die Bundespost zusätzlich 2 Mrd. DM an den Bund abführen. Dies soll dadurch erreicht werden, daß die Gebühreneinheit um 2 Pfennig angehoben und der Zeittakt

für Ortsgespräche auf 5 Minuten verkürzt wird. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Bundespost bereits Mitte 1988 beschlossen hat, diesen Zeittakt zum 1. April 1991 von 8 auf 6 Minuten zu verkürzen und gleichzeitig Ferngespräche zu verbilligen. Die allgemeine Grundgebühr und die Vergünstigungen für sozial Schwächere bleiben erhalten.

● Familien massiv bessergestellt

► 1992 wird das Kindergeld für das erste Kind von 50 auf 70 DM monatlich erhöht; der **Kinderfreibetrag** soll deutlich angehoben werden. Weitere Verbesserungen folgen.

► Der **Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie** wird 1992 von jetzt 18 Monate auf 3 Jahre verlängert. Das **Erziehungsgeld** von monatlich 600 DM wird künftig für alle Kinder, die nach dem 31. Dezember 1992 geboren werden, bis zu 2 Jahre lang gezahlt.

► Zur **Pflege kranker Kinder** können künftig berufstätige Eltern jeweils bis zu 10 statt bisher 5 Tage von der Arbeit freigestellt werden, Alleinerziehende sogar 20 Tage. Dabei wird die Altersgrenze des Kindes, bis zu der ein solcher Anspruch besteht, von 8 auf 12 Jahre heraufgesetzt. Ein Rechtsanspruch auf einen **Kindergartenplatz** für Kinder ab 3 Jahren soll bundesweit durchgesetzt werden.

● Fortschritte im Umweltschutz

Die wichtigsten Vorhaben sind u. a.:

► Die CDU hat eine Kohlendioxid-Abgabe durchgesetzt, die dazu beitragen soll, den Ausstoß um 25 bis 30% bis zum Jahr 2005 zu verringern. Die Einnahmen werden gezielt für Maßnahmen zum Klimaschutz verwendet.

► Die Kfz-Steuer berechnet sich künftig nicht mehr nach dem Hubraum, sondern nach dem Schadstoff-Ausstoß.

► Um giftige Abfälle zu verringern, wird eine Deponie-Abgabe eingeführt. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

In großer Sorge um den Frieden und um die Menschenrechte

In großer Sorge um den Frieden und in großer Sorge um die Menschenrechte sind wir heute hier zusammengekommen:

- Über das Wochenende ist in Litauen militärische Gewalt angewendet worden, die eine große Zahl von Toten und Verletzten gefordert hat.
- Morgen läuft die Frist ab, die die Völkergemeinschaft dem Irak für die Räumung Kuwaits gesetzt hat.

Alle bisherigen Versuche, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, sind an

Erklärung der Bundesregierung zur Lage in der Golfregion und in Litauen, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl am 14. Januar 1991 vor dem Deutschen Bundestag

der Weigerung der irakischen Führung gescheitert, die gewaltsame Annexion Kuwaits rückgängig zu machen.

Auch das Gespräch zwischen dem amerikanischen und dem irakischen Außenminister in Genf hat bisher nichts an der irakischen Haltung zu ändern vermocht, obwohl die amerikanische Seite den Ernst der Lage deutlich gemacht hat.

Ebenso haben wir erlebt, daß die Friedensmission des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die auch von der Bundesregierung und ihren Partnern in

der Europäischen Gemeinschaft sowie den Vereinigten Staaten mit großem Nachdruck unterstützt wurde, leider ohne greifbares Ergebnis geblieben ist.

Dies ist um so enttäuschender, als die vom Generalsekretär dem Irak in Bagdad unterbreiteten Überlegungen ausdrücklich eine Nichtangriffsgarantie im Falle der Räumung Kuwaits sowie die Stationierung einer UN-Friedenstruppe in Kuwait umfaßten.

Eine militärische Auseinandersetzung kann auch jetzt noch abgewendet werden: Es liegt allein bei dem irakischen Präsidenten, die entsprechenden Bedingungen zu schaffen.

Die Bedingungen für eine friedliche Lösung sind klar und eindeutig. Der Irak muß sich aus Kuwait zurückziehen, und die Souveränität Kuwaits muß wiederhergestellt werden. Dies ist und bleibt die Forderung der Staatengemeinschaft an den Präsidenten des Irak.

Ein Rückblick verdeutlicht das Ausmaß der Aggression. Der Friede ist nicht erst jetzt gefährdet. Er wurde am 2. August 1990 gebrochen, und zwar vom Irak.

Der Irak besetzte und annektierte Kuwait mit fadenscheinigen Begründungen, vertrieb viele seiner Einwohner und zwang den Verbleibenden gegen ihren Willen die irakische Staatsangehörigkeit auf.

Gesetzlosigkeit und Willkür, Angst, Hunger und Not bestimmen seither das tägliche Leben der kuwaitischen Bevölkerung.

Kuwait, ein souveräner Staat, soll nach dem Willen des Irak ausgelöscht werden und von der politischen Landkarte verschwinden.

Der Irak hat damit grundlegende Ordnungsprinzipien für das Zusammenleben der Völker eklatant verletzt.

Die Staatengemeinschaft durfte und konnte diesen Rechtsbruch nicht hinnehmen. Eine Hinnahme hätte den Irak zu weiteren Übergriffen ermutigt.

Jeder muß sich darüber im klaren sein: Wenn die Völkergemeinschaft es zuläßt, daß die staatliche Existenz eines ihrer Mitglieder gewaltsam ausgelöscht wird, dann hätte dies unabsehbare Folgen auch in anderen Teilen der Welt.

Ich denke, gerade wir, die Deutschen, sollten für diesen Zusammenhang besonders sensibel sein.

Daher galt und gilt es, den Anfängen zu wehren und dem irakischen Vorgehen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Zwölf Resolutionen der UNO

Die Völkergemeinschaft ist diesem Gewaltakt und der hartnäckigen Mißachtung der Resolutionen des Sicherheitsrats durch den Irak mit großer Geschlossenheit und Entschiedenheit begegnet.

Zwölf Resolutionen, die der Sicherheitsrat seit dem 2. August 1990 verabschiedet hat, um das Recht wiederherzustellen, sind Ausdruck einer internationalen Solidarität, wie wir sie bisher in dieser Form nicht gekannt haben.

Nicht zuletzt dieser Solidarität ist es zu verdanken, daß die irakische Regierung die von ihr völkerrechtswidrig festgehaltenen ausländischen Geiseln, darunter auch deutsche, freigelassen hat.

Zugleich ist deutlich geworden:

Die Forderungen des Sicherheitsrats nach vollständigem Abzug des Irak aus Kuwait sind der verbindliche Wille der gesamten Staatengemeinschaft.

Die Souveränität des Mitglieds der Vereinten Nationen, Kuwait, muß vollständig wiederhergestellt werden.

Das Tor bleibt offen

Am 29. November vergangenen Jahres hat der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 678 die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ermächtigt, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, wenn der Irak nicht die einschlägigen Resolutionen zur Golfkrise bis zum Ablauf des morgigen Tages vollständig befolgt.

Die multinationalen Streitkräfte am Golf stehen dort mit ausdrücklicher Zustimmung der Vereinten Nationen. Sollten sie zum Einsatz kommen, so würde dies in Übereinstimmung mit deren Beschlüssen geschehen.

Die Resolution 678 ist eine letzte Warnung der Weltorganisation an den Irak. Zugleich — dies will ich betonen — hält sie das Tor für eine friedliche Lösung bis zuletzt offen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die aktive Rolle, die die Vereinten Nationen und ihr Generalsekretär bei dem Versuch einer friedlichen Lösung des Golfkonfliktes spielen, ausdrücklich würdigen.

Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen — das ist erfreulich — hat deutlich in dem Maße gewonnen, in dem wir aus dem Schatten des Ost-West-Konflikts herausgetreten sind.

Der Sicherheitsrat kann damit seine ihm zugeordnete Rolle als Instrument kollektiver Sicherheit voll wahrnehmen.

Diese Entwicklung hat neue Möglichkeiten eröffnet, regionale Konflikte dem Urteil der Völkergemeinschaft zu unterwerfen und dieses, falls erforderlich, auch durchzusetzen.

Dies gibt Hoffnung für die Zukunft. Wir werden alles daran setzen, um die Rolle der Vereinten Nationen als Hüter von Recht und Frieden zu stärken.

Die Bundesregierung hat die Entschlüsse des Sicherheitsrats in jeder Phase der Golfkrise mitgetragen. Wir haben dies in der Überzeugung getan,

- daß das Recht dem Unrecht niemals weichen darf,
- daß, wie auch unsere eigene Geschichte lehrt, Aggressoren beizeiten entgegengetreten werden muß und
- daß die Wahrung von Recht und Frieden in jeder einzelnen Region der Welt die gesamte Völkergemeinschaft angeht.

Wir haben in dieser kritischen Lage engen Schulterschuß mit unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und im Bündnis gehalten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten.

Anspruch auf Solidarität

Wir wissen, daß unsere amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten die Hauptlast bei der Verteidigung von Recht und Freiheit in diesem Konflikt tragen. Sie haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Wir haben Solidarität auch dort gezeigt, wo die von der Golfkrise besonders hart getroffenen befreundeten Länder — ich nenne Ägypten, Jordanien und die Türkei — unserer Hilfe bedurften.

Solange Golfkrise und Embargo andauern, werden wir auch weiter-

hin an der internationalen Lastenteilung verantwortlich mitwirken. Jeder muß wissen, daß dies für die Bundesrepublik Deutschland finanzielle Belastungen mit sich bringt.

Zugleich erwarten wir jedoch, daß insbesondere die ölexportierenden Golfstaaten, deren finanzielle Möglichkeiten durch die gestiegenen Ölpreise in erheblichem Maße zugenommen haben, ihrerseits einen maßgeblichen Anteil der Lasten mittragen.

Auf Ersuchen der Türkei hat das Nordatlantische Bündnis Anfang Januar die Luftkomponente des Multinationalen Beweglichen Eingreifverbandes für den Befehlsbereich Europa aktiviert.

Hieran sind — entsprechend den seit den siebziger Jahren bestehenden Bündnisplänen für den Bereich der Südosttürkei — außer uns unsere Partner Belgien und Italien beteiligt.

Bei ihrer Zustimmung zur Verlegung dieser Einheiten in die Türkei hat sich die Bundesregierung davon leiten lassen, daß dies als ein Zeichen der Solidarität dazu beiträgt, von einem Angriff auf die Türkei abzuschrecken und den Frieden zu wahren.

Seit der Invasion und der Annexion Kuwaits durch den Irak hat es zahlreiche und vielfältige Initiativen gegeben, um diesen Konflikt friedlich beizulegen.

Die Bundesregierung hat selbstverständlich ihrerseits nichts unversucht gelassen, um mit ihren Partnern und Verbündeten auf der Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates zu einer friedlichen Lösung beizutragen.

Wir haben diese Aktivitäten in den vergangenen Wochen und Tagen noch erheblich verstärkt. Sie umfaßten stän-

dige Konsultationen mit unseren Partnern und Verbündeten, intensive Kontakte mit befreundeten Regierungen der arabischen Welt und der Blockfreien-Bewegung.

Ich selbst habe in den letzten Tagen — um nur einige zu nennen — mit Präsident Bush und Außenminister Baker, mit Staatspräsident Mitterrand, Ministerpräsident Mulrony, mit Präsident Özal und König Hussein von Jordanien eingehend über die Golfkrise gesprochen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf den großen persönlichen Einsatz von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Mit den Partnern einig

Die Bundesregierung hat sich bei ihren Bemühungen vor allem von zwei Beweggründen leiten lassen:

- Gerade wir Deutschen wissen nur zu genau, was Krieg bedeutet. Deshalb setzen wir uns leidenschaftlich dafür ein, wenn irgend möglich eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden.

- Zugleich wissen wir aber auch um die fatalen Folgen einer Beschwichtigungspolitik, die sich mit dem Rechtsbruch abfindet und damit zu weiteren Aggressionen ermutigt.

Die irakische Seite versucht, die Kuwaitfrage mit anderen Problemen der Region, insbesondere mit der Palästinenserfrage, zu verknüpfen. Dies haben wir — zusammen mit unseren Partnern und Verbündeten — zurückgewiesen.

Diese Probleme müssen unabhängig voneinander gelöst werden. Aber ich füge hinzu: Sie müssen gelöst werden. Das heißt auch, daß wir mit unseren Partnern ebenfalls einig sind: Nach der Beilegung des Golfkonfliktes müssen wir uns, und

zwar unverzüglich und mit großem Nachdruck, noch stärker als bisher den anderen Fragen der Region zuwenden.

Dies hat die Europäische Gemeinschaft in Luxemburg zu Beginn dieses Monats klar zum Ausdruck gebracht.

Es sind neue, erhebliche Anstrengungen erforderlich, um auch im Nahen Osten eine dauerhafte Friedensordnung zu erreichen, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit dem Recht auf Existenz und Sicherheit aller Staaten in der Region, einschließlich Israels, in Einklang bringt.

Alle Beteiligten müssen erkennen, daß die Regelung dieser Fragen keinen Aufschub mehr duldet. Dabei ist vor allem der Wille zum Ausgleich und die Bereitschaft zum Kompromiß gefordert.

Es muß auch im Nahen Osten gelingen, Gegensätze zu überwinden und dauerhafte, stabile Sicherheitsstrukturen zu entwickeln.

Dazu gehören nicht zuletzt Absprachen über die Begrenzung von Streitkräften und Waffensystemen und der vollständige Verzicht auf die Herstellung und den Besitz von Massenvernichtungsmitteln. Zur Stabilisierung der Verhältnisse in der Region sind aber auch erhöhte Anstrengungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Überwindung sozialer Unterschiede unerlässlich.

Wir könnten uns gut vorstellen — und ich habe diesen Gedanken in den letzten Monaten immer wieder vertreten —, daß sich dieses Ziel im Rahmen eines umfassenden Entwicklungsplanes für den Nahen und Mittleren Osten erreichen ließe. Dies setzt natürlich zuvor eine umfassende Lösung aller politischen Fragen voraus.

Die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls ist bereit, einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten. Ich füge aber hinzu: Auch hier gilt, daß vor allem jene Länder der Region gefordert sind, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Ressourcen dazu in der Lage sind, mehr zu tun als bisher.

Dies alles sind wichtige Aufgaben für die Zukunft, die keiner aus den Augen verlieren sollte.

Heute aber, in diesen Stunden, geht es vor allem darum,

- das Existenzrecht Kuwaits, eines von vielen kleinen Staaten der Region, zu wahren und

- jede nur denkbare Chance zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu nutzen.

Wenn nicht noch in Bagdad die Vernunft die Oberhand gewinnt — was wir alle nur hoffen können —, müssen wir mit einem der schwersten militärischen Konflikte seit Ende des Zweiten Weltkriegs rechnen.

Dies kann — vor dem Hintergrund des am Golf vorhandenen militärischen Potentials, zu dem bekanntlich Massenvernichtungswaffen gehören — gar nicht ernst genug genommen werden.

Die Leidtragenden einer solchen Auseinandersetzung wären in erster Linie die Menschen, die in dieser Region leben.

Wir wollen dies in keinem Augenblick vergessen. Die gesamte Region hätte aber auch unter den politischen und wirtschaftlichen Folgen einer solchen Auseinandersetzung zu leiden.

Wir haben bilateral und gemeinsam mit unseren Partnern in der EG alles in unseren Kräften Stehende getan, um diese letzte Konsequenz zu verhindern.

Wir werden uns auch weiterhin für die Wiederherstellung des Rechts mit friedli-

chen Mitteln einsetzen, solange irgendeine Chance dafür besteht.

Ich selbst habe der irakischen Führung mehrere vertrauliche Botschaften zukommen lassen und sie eindringlich vor den Konsequenzen gewarnt, wenn sie das Datum des 15. Januar verstreichen läßt.

Die irakische Führung hat, soweit wir dies zur Stunde erkennen können — diese Warnung bisher nicht beachtet.

Sie ist offenbar nicht bereit, von ihrem Rechtsbruch abzugehen und sich aus Kuwait zurückzuziehen.

Aber auch heute ist es noch nicht zu spät. Präsident Saddam Hussein hat den Schlüssel zum Krieg und Frieden in der Hand.

Dringender Appell

Deshalb nehme ich die Gelegenheit wahr, auch von dieser Stelle an ihn zu appellieren:

- Entschließen Sie sich jetzt zum Rückzug Ihrer Truppen aus Kuwait!

- Ersparen Sie Ihrem Volk, ersparen Sie der ganzen Region Krieg!

Wir Deutschen, insbesondere die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsenen Generationen, haben das Glück gehabt, fast ein halbes Jahrhundert in Frieden leben zu dürfen.

Wir sind nicht in der gleichen exponierten Lage wie unsere Verbündeten, deren Soldaten am Golf stehen.

Wir sollten aber in keinem Augenblick vergessen, daß sie dort — zusammen mit den Angehörigen der multinationalen Streitkräfte — Recht und Gerechtigkeit verteidigen. Recht und Gerechtigkeit sind Voraussetzung und Grundlage allen Friedens.

Unsere Politik — vor allem in den letzten Jahren — hat mit dazu beigetragen, den

Frieden in Europa auf eine stabile Grundlage zu stellen.

Was wir in Europa erreicht haben — und wenn ich „wir“ sage, schließe ich alle Bundesregierungen seit Gründung der Bundesrepublik hier ausdrücklich ein —, muß zum Modell des friedlichen Zusammenlebens in anderen Teilen der Welt werden. Dies ist vor allem auch unser Wunsch für den Nahen und Mittleren Osten, eine Region, in der drei Weltreligionen ihren Ursprung haben.

Friede kann dauerhaft und verlässlich nur auf dem Boden von Recht und Gerechtigkeit gedeihen. Unser Einsatz für den Frieden, für die Achtung der Menschenrechte und gegen die Anwendung von Gewalt gelten weltweit.

In Litauen darf es zu keinen weiteren Gewaltanwendungen kommen

Deshalb ist auch unsere einige und unzweideutige Haltung angesichts der militärischen Gewaltmaßnahmen, die über das Wochenende in Litauen ergriffen worden sind, gefordert.

- Wir beklagen die Vielzahl von Todesopfern und Verletzten, und den Hinterbliebenen gilt unsere herzliche Anteilnahme.
- Wir sind zutiefst besorgt über die Zukunft der Umgestaltung, der Reformen und der Politik des „Neuen Denkens“ in der Sowjetunion, die in den vergangenen Jahren dem Land so hohes internationales Ansehen eingetragen und neue, vielversprechende Perspektiven der Zusammenarbeit eröffnet haben.

Ich habe mich deshalb gestern noch einmal mit einer Botschaft an den Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, gewandt und, gestützt auf die von uns gemeinsam verabschiedete „Charta von Paris für ein neues Europa“ und auf die KSZE-Prinzipien, an ihn appelliert, jeder weiteren Gewaltanwendung Einhalt zu gebieten,

- zum Weg des Dialogs und der Verständigung zurückzukehren und
- sicherzustellen, daß die in Litauen und in anderen Unionsrepubliken getroffene freie Wahl geachtet wird.

Noch in der vergangenen Woche hat die sowjetische Führung versichert, es werde nicht zu einer Gewaltanwendung im Baltikum kommen.

Präsident Gorbatschow hat gestern über den stellvertretenden Außenminister der Bundesregierung mitteilen lassen, daß die Einsatzbefehle vom Wochenende nicht von ihm selbst erteilt worden seien und er sehr zuversichtlich hoffe, eine Lösung mit politischen Mitteln zu erreichen.

Heute morgen ist erneut von verantwortlicher Seite in Moskau erklärt worden, daß die Einsatzbefehle nicht vom Zentrum aus erteilt worden seien.

Ich vertraue darauf, daß Präsident Gorbatschow in dieser Frage Klarheit schaffen kann.

Der Föderationsrat der UdSSR hat auf Initiative von ihm beschlossen, eine hochrangige Delegation nach Wilna zu entsenden, die gestern dort eingetroffen ist und ihre Gespräche aufgenommen hat.

Ich hoffe sehr, daß damit ein vom Willen zur Verständigung getragener Dialog zwischen Moskau und Wilna wieder in Gang kommt.

Insbesondere — ich denke, das findet die Zustimmung des ganzen Hauses — muß die normale Arbeit der gewählten Vertre-

In Litauen steht die europäische Friedensordnung zur Bewährung

Zu den sowjetischen Militäraktionen in Litauen erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

In Litauen steht die europäische Friedensordnung zur Bewährung, zu der die sowjetische Führung unter Staatspräsident Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse substantielle Beiträge geleistet haben.

Von der Gemeinsamen Erklärung mit Bundeskanzler Helmut Kohl im Juni 1989 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Staaten bis zur Charta von Paris folgte die sowjetische Außenpolitik der Kontinuität des Neuen Denkens. Dafür wurde der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Nun erinnert das brutale Vorgehen

der sowjetischen Streitkräfte im Baltikum an die Breschnew-Doktrin von 1968; ebenso der gespenstische „Hilferuf“ des von der kommunistischen Partei — die bei den freien Wahlen in Litauen ganze sieben Prozent der abgegebenen Stimmen gewinnen konnte — gesteuerten „Komitees zur nationalen Rettung“.

Das, was der sowjetische Staatspräsident nun in Litauen als eine „gegen den wahren Volkswillen gerichtete“ Fehlentwicklung bezeichnet, der Aufbau einer demokratischen bürgerlichen Gesellschaft, ist in Wahrheit Kern und Basis aller freiheitlichen europäischen Entwicklung, von der Europäischen Gemeinschaft bis zur KSZE.

Wir sind der Auffassung, daß die EG sich mit diesem Thema befassen und initiativ werden sollte.

ter des litauischen Volkes gewährleistet sein.

Unser großes Ziel bleibt der Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung, die allen Ländern und Völkern unseres Kontinents zugute kommt.

Wir sind zutiefst davon überzeugt — das ist auch eine wichtige Erfahrung der deutschen Geschichte gerade in diesem Jahrhundert —, daß die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten wesentliche Voraussetzung für einen Fortschritt beim Aufbau dieser Friedensordnung ist.

Die Ereignisse von Wilna — jeder von uns verspürt dies — waren ein schwerer Rückschlag auf diesem Weg.

Wir alle hoffen, daß die friedliche und freiheitliche Entwicklung in der Sowjetunion fortgesetzt wird.

Wir sind zutiefst überzeugt: Nur Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind die großen Ideale, denen die Zukunft gehört, und sie sind vor allem das Fundament einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung in Europa.

Ich denke, gemeinsam wollen wir für dieses Ziel unseren Beitrag leisten. ■

Fünf-Punkte-Plan zum Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung

Der Aufbau einer demokratisch verfaßten und leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung in den fünf neuen Bundesländern läuft sehr schleppend. Dies ist um so bedrohlicher, weil dort alte Verwaltungen das für sie neue Recht der „alten“ Bundesrepublik anwenden müssen, aber oft nicht können, da sie es nicht einmal kennen. Dies hindert erforderliche Entscheidungen und damit u. a. Genehmigungen für private Investitionen und folglich den Aufbau und Ausbau einer funktionierenden Wirtschaft.

Dadurch nehmen alle, und zwar auf Dauer, Schaden, wenn nicht mit neuen Ideen Wandel geschaffen wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will, daß die Bereitschaft von westdeutschen Beamten zum Wechsel in die neuen Bundesländer durch folgende Maßnahmen gefördert wird:

1 Beamte, die für etwa vier Jahre in die Behörde eines neuen Bundeslandes wechseln, werden dafür zu Beginn ihrer Tätigkeit befördert.

Eine weitere Beförderung oder berufliche Förderung ist ihnen für den Fall der Rückkehr nach Ablauf dieser vier Jahre zu garantieren, wenn sie sich in ihrer Tätigkeit bewährt haben.

2 Für Beamte, die für weniger als vier Jahre in die neuen Bundesländer gehen, ist die bisherige Regelung über die Gewährung einer Aufwandsentschädigung zu verlängern.

3 Im Umzugs- und Reisekostenrecht sind Änderungen zu schaffen, die den Wechsel in die neuen Bundesländer för-

dern (z. B. durch häufigere Familienheimfahrten). Dadurch sinkt auch die Belastung des Wohnungsmarktes in den neuen Bundesländern.

4 Die Kapazitäten der westdeutschen Ausbildungseinrichtungen für Beamte müssen erweitert werden, um Anwärter aus den neuen Bundesländern aufnehmen zu können, solange dort eigene Ausbildungseinrichtungen nicht bestehen.

5 Das gesamte Fortbildungspotential der Behörden von Bund und Ländern sowie der Gewerkschaften sollte auf Zeit

Zum rascheren Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung in den fünf neuen Bundesländern hat der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, einen 5-Punkte-Plan vorgelegt.

ganz überwiegend für Teilnehmer aus den Umstellungen der neuen Bundesländer umstrukturiert und ihnen angeboten werden.

Natürlich sind die vorgenannten Maßnahmen nicht kostenfrei, aber:

Diese Ausgaben sind keine verlorenen Kosten, sondern Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft. Je rascher die Verwaltungen in den fünf neuen Ländern funktionieren, desto billiger wird der Aufbau.

Die Gewerkschaften fordere ich zur Unterstützung auf; ungewöhnliche Lagen erfordern ungewöhnliche Maßnahmen.

Stasi- und SED-Akten dürfen nicht Grundlage der Wahrheitsfindung sein

Zur „DDR“-Vergangenheitsbewältigung und zur Erfassungsstelle Salzgitter erklärte der amtierende Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Bertram Wiczorek (Auerbach/Sachsen):

Die Vergangenheitsbewältigung sollte grundsätzlich bei denjenigen beginnen, die unter der Diktatur der sozialistischen Einheitspartei physisch und psychisch gelitten haben. Über die Opfer kommen wir zu den Tätern, nicht jedoch über zweifelhafte Stasi-Akten und Spitzelaussagen. Denn wer will anhand von Stasi-Unterlagen, von denen man nicht weiß, ob sie echt oder gefälscht sind, die Grundlage für eine rechtsstaatliche Urteilsbildung finden? Wer will anhand der Aussagen ehemaliger Stasi-Agenten, von Denunzianten und Erpressern die Wahrheit von der Lüge unterscheiden?

Nur die Opfer des sozialistischen Terrorregimes können hier weiterhelfen. Sie sind die Zeugen, die Licht in dieses düstere Kapitel bringen können. Dafür müssen sie allerdings Vertrauen in die Organe der Rechtspflege besitzen, zu den

Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten sowie zur Polizei. Hier ist deshalb in den fünf ostdeutschen Ländern neues Vertrauen zu schaffen. Eine aktive Personalpolitik, die etwa den Nachwuchs in den Rechtspflegeorganen systematisch in solche Aufgaben einbindet, könnte ein Lösungsansatz für diesen Problemkreis sein.

Doch auch die Erfassungsstelle der Bundesländer für DDR-Verbrecher in Salzgitter bildet mit ihrem Archiv eine wichtige Basis für die Aufarbeitung der Vergangenheit. Dieses Archiv vor Manipulationen zu schützen und ihm die Stasi-Unterlagen sowie staatsbezogene SED-Akten aus dem Zentralkomitee und den Bezirks- und Kreisleitungen anzugliedern, erscheint sinnvoll zu sein. Für die nachträgliche Beurteilung der Gesamtzusammenhänge, die den Hintergrund jedes Einzelfalls abgeben, sind all diese Dokumente gemeinsam erforderlich.

Mit einem solchen Ausbau der Erfassungsstelle Salzgitter sollte auch ein allgemeines Reglement über die Verwendung und Verwertung der Stasi- und SED-Akten erarbeitet werden.

Erfurt: Sitz des Landtages von Thüringen

Erfurt wird Sitz des Thüringer Landtags. Dies hat das Landesparlament in namentlicher Abstimmung beschlossen. Die Hauptstadtfrage bleibt dagegen noch offen.

Von den 88 Abgeordneten stimmten 49 für die 220.000 Einwohner zählende ehemalige Bezirkshauptstadt. Um den Sitz des Landesparlaments

hatten sich auch Gera, Jena und Weimar beworben.

Bis Ende Februar sollen nun die für das Parlament erforderlichen Räume in Erfurt zur Verfügung gestellt werden. Das Gelände des künftigen Regierungsviertels ist Eigentum des Landes und bietet ausreichend Platz für Erweiterungen.

Unsere Landwirtschaft steht in einer Umbruchphase

Die herausragende Aufgabe des vergangenen Jahres war es, die Landwirtschaft der ehemaligen DDR in die EG-Landwirtschaft einzugliedern und den Übergang in die Soziale Marktwirtschaft sozialverträglich zu gestalten. Weitere agrarpolitische Schwerpunkte waren der Abbau des Marktungleichgewichts, die Hinwendung zu mehr umweltverträglicher Landbewirtschaftung sowie die Anerkennung und Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte.

Die Schwerpunkte der gesetzgeberischen Arbeit der Bundesregierung lagen 1990 u. a. im Marktbereich (Milch, Wein) und im Sozialbereich.

Aufkauf von Milchquoten

Mit einer einmaligen Aufkaufaktion des Bundes konnte der nationale Milchquotenüberhang abgebaut werden. Die Novellierung des Milchaufgabevergütungsgesetzes durch die CDU/CSU- und FDP-Fraktionen schuf dafür die gesetzliche Basis. Die Sonderaktion war ein voller Erfolg:

- Die Aktion verhinderte eine obligatorische Quotenkürzung.
- Die gegenüber Brüssel angefallenen Strafgerichte wurden nicht fällig; das Geld kam unseren Milcherzeugern zugute.
- Eine flexiblere Quotenregelung (Quotenleasing, Saldierung von Unter- und Überlieferungen) wurde eingeführt.

Mit einer weiteren Änderung des Milchaufgabevergütungsgesetzes konnten Län-

derprogramme für den Quotenaufkauf ermöglicht werden.

Neufassung des Milch- und Margarinegesetzes

Das bisherige Reinheitsgebot bei Milchprodukten wurde im Mai 1989 vom Europäischen Gerichtshof für nicht vereinbar mit den Bestimmungen des EWG-Vertrages über den freien Warenverkehr erklärt. Auf Initiative der Bundesregierung wurde daraufhin ein neugefaßtes Milch- und Margarinegesetz beschlossen:

- Die Herstellung und der Vertrieb von Milchersatzprodukten sind nun auch bei uns zulässig.
- Gleichzeitig wurde die Kennzeichnung von Milchimitaten geregelt, um eine Verwechslung mit reinen Milchprodukten auszuschließen.

Das Gesetz ist seit dem 1. August 1990 in Kraft.

Abbau der Weinüberschußproduktion

Im Jahre 1989 wurde in der Weingesetzesnovelle zur erforderlichen Mengengrenzung eine Hektarhöchsttragsregelung verankert. Damit war es uns gelungen, für deutschen Qualitätswein eine nationale Regelung gemäß der EG-Qualitätsweinmarktordnung zu schaffen.

Im ersten Halbjahr 1990 wurde eine weitere Gesetzesänderung notwendig:

- Das nationale Weinrecht mußte dem nachträglich geänderten EG-Recht angepaßt werden. Zur Süßung deutscher Qua-

litätsweine darf danach nur Traubenmost verwendet werden; bei Qualitätswein mit Prädikat ist jede Anreicherung ausgeschlossen.

- Die im Jahre 1989 festgelegte Ertragsregulierung wurde ergänzt. Eindeutig wurde festgelegt, wie Übermengen zukünftig verwertet werden dürfen.
- Die Schwierigkeiten bei der Weinvermarktung im Falle von Übermengen und zumindest teilweise im Falle von Wein aus ungenehmigten Rebanlagen wurden gelöst.

Das Gesetz trat am 6. 9. 1990 in Kraft. Ende des vergangenen Jahres verabschie-

Zum Jahresbeginn 1991 hat der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset, einen Rückblick auf die agrarpolitische Arbeit der Bundesregierung im vergangenen Jahr gegeben.

dete der Bundesrat außerdem die Verordnung über die Einführung des Weinkontrollzeichens. Diese Regelung wird am 1. 9. 1992 in Kraft treten. Durch die beschlossenen Kontrollmaßnahmen soll die Mengenbegrenzung bei Wein abgesichert werden.

Darüber hinaus wurde auch das Recht der Wiederbepflanzung von Weinbergen mit Reben praxisgerechter gestaltet.

Absatzförderung für die Forstwirtschaft

Aus verfassungsrechtlichen Gründen mußte die Absatzförderung für die Forstwirtschaft geändert und ein eigenständi-

ger Forstabsatzfonds eingerichtet werden. Die zentrale Förderung des Holzabsatzes dient vor allem dem Zweck, die vielfältigen Absatzmöglichkeiten des natürlichen, umweltfreundlichen und vielseitig einsetzbaren Rohstoffes Holz besser zu nutzen. Das Gesetz über den Forstabsatzfonds trat am 21. 12. 1990 in Kraft.

Verbesserung der sozialen Sicherung der Landwirte

Mit dem im September 1990 verabschiedeten 4. Agrarsozialen Ergänzungsgesetz (4. ASEG), das die CDU/CSU zusammen mit der FDP als Initiative eingebracht hatte, wurde der erste Schritt in Richtung einer grundlegenden Reform einer agrarsozialen Sicherung getan:

- Die Bundesmittel des Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetzes wurden in die Altershilfe integriert und dadurch für die deutsche Landwirtschaft gesichert.
- Der Beitragsanstieg in der landwirtschaftlichen Altershilfe konnte abgeschwächt werden.
- Mehr Betriebe im mittleren Bereich konnten in die Beitragsentlastung der Altershilfe einbezogen werden. Die gezielte Entlastung einkommensschwächerer Betriebe wird konsequent fortgesetzt.

Im Rahmen des 4. ASEG konnte auch die Produktionsaufgaberente erheblich verbessert und attraktiver gestaltet werden:

- Zur Verbesserung der Attraktivität der Produktionsaufgaberente haben wir das Zugangsalter auf 55 Jahre und bei Betriebsunfähigkeit auf 53 Jahre abgesenkt.
- Darüber hinaus wurde die strukturelle Komponente durch die Übernahme des vollen Altershilfebeitrages für den ausscheidenden Landwirt durch den Bund der Flächenstilllegung gleichgestellt.

Das 4. ASEG trat am 1. Januar 1991 in Kraft. Die Bestimmungen über die Produktionsaufgaberente sind bereits am 1. Oktober 1990 wirksam geworden.

Ausblick

Die Landwirtschaft steht in einer Umbruchphase. Der drastische Einkommensrückgang des letzten Jahres hat die positive Entwicklung der beiden Vorjahre weggewischt. Marktdruck und Preisverfall kennzeichneten die Entwicklung auf wichtigen Agrarmärkten im Jahre 1990. Die GATT-Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels und ihr ungewisser Ausgang werden von den Landwirten als existenzbedrohend empfunden.

In dieser Situation muß den Landwirten Orientierungshilfe gegeben werden. Die Bonner Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP haben die Marschroute ihrer künftigen Agrarpolitik festgelegt. Der Handlungsrahmen ist durch die EG und GATT-Anforderungen begrenzt. In der Koalitionsvereinbarung werden die agrarpolitischen Schwerpunkte verankert. Grundlegende Ziele unserer Agrarpolitik sind:

- Eine leistungsfähige, eigenverantwortlich geführte, bäuerlich strukturierte Landwirtschaft ist zu erhalten und zu stärken, damit sie ihre Aufgaben als Nahrungsmittelproduzent, als umweltverträglicher Rohstofflieferant und durch die Wahrnehmung landeskultureller Leistungen erfüllen kann.

- Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern muß nach marktwirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten umgestaltet werden. Staatliche Hilfen müssen im erforderlichen Umfang für die Neuordnung der landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Bundesländern (Neugründung selbständiger Betriebe

und Umgestaltung früherer LPGen) bereitgehalten werden.

- EG-weit muß eine wirksame und ausgewogene Marktentlastung über konsequente und effizient gestaltete Produktionsrückführung durchgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten müssen stärker in die Verantwortung für die Rückführung der Produktion genommen werden. Die Anpassungslasten müssen gerechter verteilt werden. Umweltverträgliche Wirtschaftsweisen sind zügig auszubauen. Die staatliche Förderung zur Versorgung der Absatzchancen von Agrarrohstoffen für industrielle Nutzung und zur Energieversorgung muß auch aus ökologischen Gründen verbessert werden. Die Markteinführung nachwachsender Rohstoffe ist voranzutreiben.

- Im Rahmen der GATT-Verhandlungen muß ein ausreichender Außenschutz für die EG-Agrarproduktion erhalten bleiben, die Einkommenseinbußen, die der Landwirtschaft infolge eines GATT-Abkommens entstehen, müssen aus EG-Mitteln und ergänzend aus nationalen Mitteln ausgeglichen werden.

- Auch in Zukunft ist die Landwirtschaft durch ein Bündel von Einkommens- und Anpassungshilfen zu fördern, wobei diese EG- und GATT-konform zu gestalten sind. In diesem Rahmen sind die bisherigen Fördermaßnahmen auch im Interesse der Erhaltung des ländlichen Raumes fortzuführen. Die Leistungen der Landwirte für die Landschaftspflege und den Naturschutz müssen besser honoriert werden.

- Das agrarsoziale Sicherungssystem muß reformiert werden, um die soziale Sicherung der Landwirte gerechter zu gestalten und finanziell zu stabilisieren. Dabei muß die Frage einer besseren sozialen Sicherung der Bäuerinnen in die Überlegungen mit einbezogen werden. ■

Das höchste Wirtschaftswachstum seit 1976

„Die Wirtschaft im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik befindet sich in glänzender Verfassung.“ Dies sagte Egon Hölder, Präsident des Statistischen Bundesamtes. Das wirtschaftliche Wachstum hat sich auch 1990 unvermindert fortgesetzt.

Die deutsche Wirtschaft wuchs im letzten Jahr um real 4,6 Prozent und damit so kräftig wie seit 1976 nicht mehr. Auch ökonomisch gesehen, so der Präsident, habe der Zeitpunkt der Wiedervereinigung kaum besser passen können.

Folge der guten Konjunktur: 1990 gab es 775.000 neue Arbeitsplätze im Westen Deutschlands; eine vergleichbare Zunahme wurde zuletzt während des Nachkriegsbooms in den fünfziger Jahren verzeichnet. Die Zahl der Arbeitslosen ging um 155.000 zurück, ein noch stärkerer Abbau der Arbeitslosigkeit wurde durch die vielen Aus- und Übersiedler verhindert. Dennoch hat die Arbeitslosenquote mit 7,2 Prozent erstmals wieder unter der von 1982 gelegen.

Die Hauptantriebskräfte der guten Konjunktur kamen insbesondere von der Binnennachfrage. Die Investitionen sind 1990 real um 8,2 Prozent gestiegen, davon die Ausrüstungsinvestitionen um 12,1 Prozent, was den höchsten Zuwachs seit 20 Jahren bedeutet.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit stiegen 1990 um 7,5 Prozent; die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 9,7 Prozent — darin sind jedoch die Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen enthalten, also auch die der Arbeitnehmer. ■

Beitragssätze der Krankenkassen sind erneut gesunken

Der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkassen ist zum 1. Januar 1991 auf 12,25 Prozent gesunken. Anfang Januar 1990 betrug er noch 12,78 Prozent. Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Senkung ein weiterer Erfolg des Gesundheitsreformgesetzes ist.

Während die Beitragssätze von 11,4 Prozent im Jahre 1984 auf 12,9 Prozent im Jahre 1988 ständig stiegen, wurde durch das Gesundheitsreformgesetz 1989 Beitragssatzstabilität erreicht.

Seit Anfang 1990 sinkt der Beitragssatz. Gleichzeitig füllen die Krankenkassen ihre Rücklagen auf. Auch die vielfach geäußerte Befürchtung, die neuen Pflegeleistungen würden sich negativ auf das Beitragsniveau auswirken, haben sich nicht erfüllt.

Horst Seehofer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Es ist davon auszugehen, daß das jetzt erreichte Beitragsniveau in den nächsten Jahren stabil bleibt. Dies setzt aber auch voraus, daß die Selbstverwaltung das Gesundheitsreformgesetz entschieden umsetzt, insbesondere bei den Wirtschaftlichkeitsprüfungen, den Richtgrößen für verordnete Leistungen und den weiteren Festbeträgen für Arznei- und Hilfsmittel. ■

Zitat

„Ohne die Wiedervereinigung wäre der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik nicht denkbar.“

Matthias Wissmann

Wilhelm als Landesvorsitzender eindrucksvoll in Trier bestätigt

Mit einem klaren Sach- und Personalpaket zieht die Rheinland-Pfalz-CDU in die Landtagswahl am 21. April. Auf ihrem Landesparteitag in Trier am 11. und 12. Januar haben die rheinland-pfälzischen Christdemokraten ihr Landtagswahlprogramm beschlossen und Hans-Otto Wilhelm mit großer Mehrheit als Landesvorsitzenden bestätigt.

Wilhelms Rechenschaftsbericht war eine Abrechnung mit der SPD-Opposition und eine Offensive für ein zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz in Deutschland und in Europa.

Der SPD wirft Wilhelm eine unverbesserte Sehnsucht nach dem demokratischen Sozialismus vor. „Damit gerät die SPD in unmittelbare Nähe zur geläuterten SED, die sich nun PDS nennt. Beide Parteien stehen dem Privateigentum an den Produktionsmitteln mit marxistisch begründeten Vorbehalten gegenüber. Beide Parteien verhindern damit die Entfaltung einer freiheitlichen Ordnung.“

Den von der rheinland-pfälzischen Opposition vorgelegten Entwurf für ein Regierungsprogramm bewertet Wilhelm als ein „Sammelsurium der Unverbindlichkeiten“.

Das Wahlprogramm der CDU setze mit klarer Schwerpunktbildung auf unübersehbare Herausforderungen der Zukunft. „Die Zukunft in Rheinland-Pfalz hat folgende fünf Schwerpunkte:

- **Rheinland-Pfalz in Deutschland und Europa.**
- **Der ländliche Raum hat Zukunft.**
- **Saubere Umwelt hat Vorfahrt.**

- **Sozialer Fortschritt bleibt selbstverständlich.**

- **Ohne Bürger ist kein Staat zu machen.“**

„Unsere wirtschaftspolitische Bilanz in Rheinland-Pfalz ist hervorragend,“ erklärte Ministerpräsident Carl-Ludwig Wagner. „Wir sind uneingeschränkt das Exportland Nr. 1 in der Bundesrepublik.“ Nach Wagners Worten bleibt es das Ziel, Rheinland-Pfalz wirtschaftlich noch weiter nach vorn zu bringen, denn „nur ein wirtschaftsstarkes Land ist ein leistungsfähiges Land. Es garantiert sichere und zukunftsorientierte Arbeitsplätze sowie Einnahmen, die es uns erlauben, unsere Aufgaben zu erfüllen.“

„Wir machen Zukunft.“

Wilhelm und Wagner bekundeten ihren festen Willen zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten.

Wilhelm zog eine positive Bilanz der zurückliegenden zwei Jahre. Sowohl die Parteireform — mit Ämterbegrenzung, Amtszeitbegrenzung, Parlamentsreform — als auch die Initiativen im Bereich der Kinderbetreuung, Frauenförderung, Altenpflege oder auch Verwaltungsreform hätten die Rheinland-Pfalz-CDU zu einem der modernsten Landesverbände in der Union gemacht. „Dies ist das Fundament für das Wahlkampfmotto der CDU: Wir machen Zukunft. Mit Erfahrung.“

Die Neuwahl zum Landesvorsitzenden war ein eindrucksvoller Vertrauensbeweis für Hans-Otto Wilhelm: Mit 351 Ja — bei

Zum Aufbau des Rechtsstaates in den fünf neuen Bundesländern

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Heinz Eyrich, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, erklärte zum Aufbau des Rechtsstaates in den fünf neuen Bundesländern:

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) begrüßt die bislang von Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen zum schnellen Aufbau einer funktionsfähigen, dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat verpflichteten Justiz in den fünf neuen Ländern. Insbesondere der von den alten Bundesländern veranlaßte rasche Einsatz von zunächst mehr als 200 westdeutschen Richtern und Staatsanwälten sowie die in Angriff genommene Aus- und Fortbildung des vorhandenen Justizpersonals zeigen erste Erfolge. Die Entsendung weiterer Justizfachleute wird folgen müssen.

Um aber die große Aufgabe des Aufbaus eines rechtsstaatlichen Rechtswesens zu lösen, müssen weitere Taten folgen. Neben der raschen, aber auch sorgfältigen Einzelüberprüfung aller

ehemaligen SED-Richter und Staatsanwälte hält der BACDJ u. a. folgende Maßnahmen für dringend erforderlich:

1 Eine zügige Änderung der Ruhestandsregelung im deutschen Richtergesetz durch die Gesetzgebungsgremien mit dem Ziel, erfahrene pensionierte Richter und Staatsanwälte in den fünf neuen Ländern einsetzen zu können.

2 Die strafrechtliche Verfolgung der ehemaligen SED-Regierungsmitglieder ist beschleunigt weiterzuführen, um das Vertrauen der Menschen in den neuen Bundesländern in die Unverbrüchlichkeit unseres Rechts zu fördern.

3 Die Funktionsfähigkeit der Grundbuchämter ist herzustellen, um durch Überwindung der Unsicherheiten am Recht auf Grund und Boden die Investitionsbereitschaft von Unternehmen zu stärken und damit den notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen.

Bund und Länder werden aufgefordert, das Notwendige in die Wege zu leiten.

50 Nein-Stimmen bekam Wilhelm ein hervorragendes 88 Prozent-Ergebnis. Ebenso in ihren Ämtern bestätigt wurden Rudi Geil als Stellvertretender Landesvorsitzender und Dr. Otto Theisen als Schatzmeister. Bei den 15 Beisitzern konnten sich neben dem JU-Vertreter immerhin 6 Frauen durchsetzen.

„Wir sind für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner bestens gerüstet,“ attestierte Wilhelm seiner Partei zum Abschluß des Trierer Parteitages. Nach einmütigen Parteibeschlüssen soll Hans-Otto Wilhelm Ministerpräsident Carl-Ludwig Wagner zu Beginn des Jahres 1993 im Amt nachfolgen. ■

Konrad-Adenauer-Stiftung

Föderalismus in Deutschland und Europa

„Wie kann man Europa föderal strukturieren, und wie kann man lebendige deutsche föderale Strukturen erhalten?“ — Antworten auf diese Fragen enthält Heft 4/90 der von Günther Rüter und Klaus Weigelt im Auftrag der KAS herausgegebenen „Zeitschrift zur politischen Bildung“.

Hauptthemen/Autoren:

- Theoretische und historische Grundlagen des föderalen Bundesstaates in Deutschland (Prof. Helmut Neuhaus, Erlangen)
- Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern in der Bundesrepublik Deutschland (Prof. Rolf Stober, Münster)
- Zur Beteiligung des Bundesrates am politischen Entscheidungsprozeß (Bundesratsdirektor Georg-Berndt Oschatz, Bonn)
- Einigung und Neugliederung (Senator Horst Gobrecht, Hamburg/Bonn)
- Föderalismus in Deutschland und Europa (Ministerpräsident a. D. Bernhard Vogel, Sankt Augustin)

Die „Zeitschrift zur politischen Bildung“, eine Vierteljahreszeitschrift, erscheint im „BURG“-Verlag (Sachsenheim/Bonn). Das Jahresabonnement kostet 7,20 DM zuzüglich Porto.

Ansichtsexemplare von Heft 4/90 verschickt:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Institut für Politische Bildung
 Postfach 1331
 W-5047 Wesseling

Streiter für Deutschland

„Ich besitze Charisma.“ Mit dieser unbescheidenen und doch richtigen Selbsteinschätzung fing alles an. Alfred Dregger entschied so im Sommer 1967 den Kampf um die Führung der hessischen CDU. Sein damaliger Kontrahent Christian Schwarz-Schilling offenbart dies in seinem Beitrag zu dem Sammelband „Alfred Dregger. Streiter für Deutschland“, der rechtzeitig zum 70. Geburtstag des alten und neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ullstein-Verlag erschienen ist.

Mit Einfühlungsvermögen und sicherlich viel Überredungskunst haben die drei Herausgeber Günter Reichert, Leiter des Dregger-Büros in Bonn, Dieter Weirich, Intendant der Deutschen Welle und Werner Wolf, Direktor der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, eine erstaunliche Vielfalt von Stimmen zusammengebracht, die voller Sympathie, aber auch kritisch das Leben und Wirken von Alfred Dregger darstellen und beschreiben.

Für Altbundespräsident Karl Carstens ist Dregger ein „Patriot, der auch in schweren Zeiten den Gleichmut bewahrt“, für Bundeskanzler Helmut Kohl ist er ein „Wertkonservativer aus Überzeugung“. Egon Bahr sieht im Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen „Mit-Patrioten rechts von der Mitte“, sein einstiger Studienkollege Hans-Jochen Vogel erinnert sich an die Lehrjahre in Dreggers Studentenbude und bezeugt ihm trotz unterschiedlicher Vorstellungen seinen Respekt.

Unsere

Faltblätter

Wir haben die Serie unserer Faltblätter „Was sagt die CDU zum Thema“ um eine weitere Ausgabe ergänzt:

- Wohnungspolitik:
Bestell-Nr.: 2378
- In der Serie sind bereits erschienen:
- Ausländer:
Bestell-Nr.: 2214
- Umwelt:
Bestell-Nr.: 2215
- Renten:
Bestell-Nr.: 2216
- Drogen:
Bestell-Nr.: 2217
- Familie:
Bestell-Nr.: 2290
- Landwirtschaft:
Bestell-Nr.: 2295
- Alter:
Bestell-Nr.: 2299
- Pflege:
Bestell-Nr.: 2300
- Gesundheitsreform:
Bestell-Nr.: 2301
- Sicherheit
des Bürgers:
Bestell-Nr.: 2302
- Bundeswehr:
Bestell-Nr.: 2305

Mindestabnahme:
50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM
inklusive Versand
zuzüglich MwSt.

WAS SAGT
DIE **CDU**
ZUM THEMA

Wohnungs-
politik

WAS SAGT
DIE **CDU**
ZUM THEMA

Rente

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

WAS SAGT
DIE **CDU**
ZUM THEMA

Bundes-
wehr

WAS SAGT
DIE **CDU**
ZUM THEMA

Aus-
länder

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

**Damit unsere guten
Argumente auch gut
zur Wirkung kommen**

In einem sog. „Display“-Koffer gut untergebracht, bieten wir Ihnen für die Präsentation vor allem unserer Faltblätter ein „Regal“ an, das sich mit Leichtigkeit überall aufbauen läßt.

Sie können es über die
CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellen:

Tel.: (02 28) 54 43 84

Fax : (02 28) 54 43 72

Preis: 96,40 DM
plus Porto und MwSt.



UID

2/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.